



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

γ.: Aus Süddeutschland.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

losigkeit darniederliegen, — müssen mit den erwachenden geistigen Bedürfnissen noch allgemeinere Bildungslust und Bildungspflege erzeugen. Dann können mit der größeren bürgerlichen und politischen Emancipation endlich auch Mittel und Wege sich finden, die Fesseln zu zerbrechen, in welche die Kirche den Staat geschlagen hat. —

Vielleicht zeigen sich — wie es heute scheinen will — zuvor die slawischen Stämme an der Nordgrenze reif dazu, selbstbewußt und selbstthätig an der Lösung der orientalischen Frage mitzuarbeiten, so daß die europäische Diplomatie theils hierin, theils in den neuen griechischen Wirren eine positivere Haltung gegenüber ihrem bisherigen gemeinschaftlichen Patienten findet und ihn statt — wie die Sage den Sarg des Propheten — als das Object ihrer gegenseitigen Eifersucht in der Schwebe zu erhalten, als Compensationsbeute behandelt; wahrscheinlicher dünkt uns, daß die Umwohner der unteren Donau Zeug genug dazu haben, ihre chronische Krisis ebenso zu überstehen, wie die Nachbarn der oberen, deren Staatskrankheit immer von neuem vergleichbare Symptome zeigt. — Unsere Darstellung hatte nur den Zweck, durch Streiflichter auf die inneren Zustände der europäischen Türkei zur Modificirung des politischen Urtheils beizutragen.

O. F.

Aus Süddeutschland.

Die Friedenspräliminarien von Villafranca hatten das große Wort gelassen ausgesprochen: die Fürsten von Parma, von Modena, von Toscana werden zurückgerufen werden.

Zurückgerufen von wem? Von Frankreich oder den andern Mächten? Aber dies widersprach dem Grundsatz, daß keine fremde Einmischung dem freien Wunsch der Bevölkerungen entgegentreten solle. Von den Bevölkerungen selbst? Aber diese dachten nicht im Traume daran. Die Fürsten warteten des Rufes, der Ruf blieb aus und jene Bestimmung ward von selbst hinfällig.

Gleichwohl setzte Frankreich seine Bemühungen fort, die Annexion von Mittelitalien an Piemont zu verhindern. Noch am 24. Februar 1860, als die Nationalversammlungen längst den Anschluß votirt hatten, entwickelte es in

einer Art von Ultimatum seine Vorschläge, die dahin gingen, daß Parma und Modena zwar mit Piemont vereinigt werden, Toscana aber als selbständiger Staat wieder hergestellt werden solle. Die piemontesische Regierung theilte den Toscanern diesen Wunsch Frankreichs mit. Aber an diesen selbst war es in freier Abstimmung sich zu entscheiden, ob sie den Beschluß ihrer Nationalversammlung bestätigen oder für die Herstellung eines eigenen Staats sich aussprechen wollten. Sie wählten das erstere, wer konnte das selbständige Toscana hindern, von seiner Selbständigkeit den Gebrauch zu machen, der ihm convenirte?

So wußten eine kluge Diplomatie und ein starker Volkswille einen Vertrag, der das Einheitswerk verhindern sollte, vielmehr in ihren Dienst zu zwingen. Wer will da von Unredlichkeit und Zweideutigkeit reden, die vielmehr bei denen zu suchen sind, welche mit unsittlichen Bedingungen den Aufschwung einer Nation niederzuhalten gedachten. Eben jene willkürliche Schranke erweckte aufs lebhafteste das Gefühl der nationalen Solidarität und viele mochten denken wie der Toscaner Galeotti, der in seiner Schrift über die erste Legislaturperiode des Königreichs bekennt: „Mein Glaube an die Einheit datirt von Villafranca, weil sie mir jetzt erst möglich schien. Nach Villafranca gehörte kein großer Scharfsinn dazu, zu sehen daß außer der Einheit kein Heil für uns sei. Wenn die Feinde Italiens so schnell und vergnügt die Fahne der Föderation annahmen, zeigten sie uns deutlich, auf welchem Feld wir uns wider ihre Angriffe und mehr noch wider ihre Ränke sicher zu stellen hatten.“ —

Nicht so einfach liegen die Dinge im kälteren Deutschland. Auch hier ist ähnlicher Entwicklung eine bestimmte Schranke gezogen worden. Aber es fehlt viel zu jenem einmüthigen Volkswillen, noch weniger ist von revolutionärer Leidenschaft etwas zu spüren. Die Souveräne sind nicht erst zurückzurufen, sie sitzen, soweit sie nicht im Friedensvertrage selbst beseitigt sind, alle noch mehr oder weniger bequem auf ihren Thronen, und der Einheitswunsch ihrer Bevölkerungen ist die geringste Gefahr, die sie in diesem Augenblick zu besüchten haben. Dennoch ist die Ähnlichkeit der Lage unverkennbar. Auch das Villafranca des vorigen Jahres hat Bestimmungen aufgestellt, deren Erfüllung eine Unmöglichkeit ist. Auch Nikolsburg hat für den natürlichen Gang der nationalen Geschichte den Weg nicht verschlossen, vielmehr erst ermöglicht.

Noch einmal ist die unglückliche Idee des reinen Deutschlands aufgelebt in der Erfindung eines süddeutschen Bundes, der ausgestaltet mit internationaler Selbständigkeit die Staaten diesseits des Mains umfassen sollte. Aber wie, wenn diese Staaten entweder in den Versuchen eines solchen Bündnisses scheiterten oder aus irgendwelchen Gründen diese Versuche nicht einmal anstellten? Wie, wenn schließlich nur zwei, oder einer, oder gar keiner dieser Staaten sich fand, der zu solchem Bunde geneigt war? Wer konnte sie zum Bund der

Liebe zwingen, wenn nun einmal die Neigung fehlte und bei einzelnen die entschiedenste Abneigung vorhanden war? Dann blieben also diese Staaten vorläufig in der Isolirung, in der völkerrechtlichen Selbständigkeit, die ihnen der Friedensschluß zugesprochen hatte. Aber wie, wenn auch sie nun von dieser garantierten Selbständigkeit den Gebrauch machten, welcher ihnen der zweckmäßigste schien, wenn sie dieselbe eben dazu benutzten, um eine Anlehnung zu suchen, die ihnen werthvoller schien als ein Bund der Schwachen? Auch dies war nicht zu hindern; es hindern hieße eben die Freiheit ihrer Action beeinträchtigen. Entschlossen sie sich, ihre Sicherheit in der Anlehnung an die norddeutsche Großmacht zu suchen, so war auch dies nur ein legitimer Ausfluß ihrer Autonomie.

Auf diesen Punkt mußten in der That die süddeutschen Staaten geführt werden, sobald sie über ihre Lage und ihre Zukunft nachzudenken begannen. Der Freiheit ihrer Action waren durch die thatsächlichen Verhältnisse bestimmte Schranken gezogen. Wie lange sie sich auch sträuben mochten, einmal doch blieb ihnen das doppelte Eingeständniß nicht erspart: Unmöglichkeit des Südbunds und Nothwendigkeit der Anlehnung an Preußen. Es ist bezeichnend, daß ein Schritt zur Action überhaupt erst dann versucht wurde, nachdem der größte süddeutsche Staat durch den Mund seines Premierministers offen jene Unmöglichkeit und diese Nothwendigkeit proclamirt hatte; bezeichnend, daß gemeinsame Berathungen erst dann stattfanden, als es sich nicht mehr um Herstellung eines eigenen Südbundes, sondern nur um gemeinschaftliche Schritte zum Zweck der Einleitung eines Anschlußverhältnisses mit Preußen handelte. In diesem Sinne wenigstens verstand Bayern seine Initiative, und nur in diesem Sinne können die gemeinschaftlichen Verhandlungen überhaupt zu einem Ergebniß führen.

Man hat häufig die eigenthümliche Doppelstellung Hessen-Darmstadts als die gegebene Brücke zwischen Nord und Süd betrachtet; sie schien eigens dazu geschaffen, um Preußen eines Tags die Möglichkeit zu bieten, seine Hand über den Main herüberzustrecken. Aber mit Recht hat Preußen — und nicht blos im einseitigen Interesse des Nordbunds — alles vermieden, was als eine illoyale Ausbeutung der Verträge gedeutet werden konnte. Mit Recht hat es eine Militärconvention mit Hessen ebenso abgelehnt wie mit Baden. Es mußte unerbittlich auf dem Boden des Vertrags stehend jedes ostenföhlen Drucks auf die Südstaaten sich enthalten. Nur wenn die Annäherung freiwillig vom Süden gesucht und angeboten wurde, war ein loyaler Weg für die Ueberbrückung des Main gefunden, und nur wenn der Süden zuvor selbst sich in die entsprechende Verfassung versetzt, wird Preußen in der Lage sein, dem Anerbieten eines Anschlusses, wenn auch zunächst nur in der Form einer Allianz, zu entsprechen. Dies ist der Grund, warum der Süden für sich selbst die Initiative ergreifen und warum diese Initiative in der Umgestaltung der süddeut-

sehen Wehrkräfte nach dem preussischen System bestehen muß. Die Annäherung an das preussische System ist die Probe für den ehrlichen Willen der Südstaaten.

Weit mehr als jene Zwitterstellung Hessens hat eine andere deutsche Anomalie den Dienst jener Brücke geleistet: der linksrheinische Besitz Bayerns, und man darf es in diesem Augenblick wohl als einen günstigen Umstand betrachten, daß dieses wichtige Grenzland mit den Festungen Landau und Germersheim im Besitz des größten süddeutschen Staates ist und diesen damit Frankreich gegenüber in die Interessengemeinschaft mit Preußen zwingt. Denn dies war ja doch wohl das Durchschlagende für die Wendung der bayrischen Politik. Wie immer Frankreich die Compensationsforderung an seiner Ostgrenze formuliert hat oder künftig formuliren mag, Landau wird in jedem Fall in den von Frankreich beanspruchten Gürtel fallen. Bayern ist damit, sobald die Integrität Deutschlands in Frage steht, unauweichlich seine Stelle angewiesen. Es muß die Anlehnung an Preußen suchen, muß zu diesem Zweck „Opfer“ bringen, muß sich der militärischen Führung Preußens unterwerfen, muß ein Allianzverhältniß suchen, das „nicht im gegebenen Fall die Freiheit der Entscheidung gleichmäßig vorbehält, sondern gleichmäßig beschränkt“ — über all dieses hat sich der Fürst Hohenlohe wiederholt und deutlich ausgesprochen und dieser eigentliche Kern seiner Reden wiegt alles auf, was er als bayrischer Minister von bayrischer Souveränität hinzugefügt hat.

Die stuttgarter Conferenz hatte die Zustimmung der anderen süddeutschen Staaten zu dem politischen Programm Bayerns zur Voraussetzung. Mag sein, daß der eine oder andere derselben nur mit Widerstreben zu dieser Anerkennung sich verstanden hat, es sind natürlich Nuancen vorhanden, nicht überall wird es offen eingestanden, und nicht überall wird es an geheimen Vorbehalten fehlen; aber thatsächlich, kann man sagen, ist es zur Zeit das officielle Programm des ganzen Südens. Es liegt auf der Hand, daß dies auch auf die Stimmung des Volks von nachhaltigem Einfluß ist. Die künstlich aufgeregten Wogen des Hasses gegen Preußen legen sich unverkennbar. Die Idee des Südbunds war ohnedies nie populär, so laut noch vor Kurzem das Geschrei nach der Coalition der Mittel- und Kleinstaaten war. Nach der Zerstörung so mancher Illusionen beginnt der nationale Gedanke wieder eine Stätte in den ernüchterten Gemüthern zu finden. Unter den einflußreicheren Classen tritt die verborgene Hineigung zu Preußen immer sichtbarer hervor, und wo die Sympathien fehlen, beginnt man sich doch resignirt in das zu schicken, was allen als ein Unvermeidliches vor Augen steht, denen nicht am wenigsten, die, als wäre seit einem Jahre nichts geschehen, unbefangen noch die stumpf gewordenen Waffen ihrer alten Phraseologie schwingen.

Unter den Schwaben ist es darüber freilich zu lebhaften Partekämpfen ge-

kommen, die in den Nachbarstaaten wegen der Beschaffenheit der Ministerien wie der Kammern mehr oder weniger überflüssig waren. In Württemberg aber, wo die deutsche Partei als eine kleine Minorität gegen das Ende des Kriegs hervorgetreten ist und gegen das Ministerium, gegen die Kammer, gegen die Volkspartei, also gegen lauter organisirte Mächte des Particularismus den Kampf aufzunehmen hatte, konnte nur langsam Terrain gewonnen werden. Es galt neben der künstlich hervorgerufenen Erhitzung der Gemüther zugleich seit lange im schwäbischen Volke festgewurzelte Vorurtheile und Gewohnheiten zu erschüttern, es galt für das Verständniß der einfachsten Elemente einer nationalen Politik erst den Gegnern den Boden abzuräumen. Was anderwärts längst selbstverständlich ist, darum mußte hier nachträglich ein Kampf geführt werden, und es wiederholte sich in höherem Grade, was schon bei dem Handelsvertragsstreit auffällig hervorgetreten war, der eben dann anfing die Gemüther in Schwaben zu beschäftigen, als die Sache überall sonst entschieden war. Man konnte sich nicht verhehlen, daß wir alten Träger der Reichssturmfahne, eine Reminiscenz, die so gern aufgefrischt wurde, nunmehr glücklich bis ins Hintertreffen gerutscht waren, es erfüllte sich das Wort: die Ersten werden die Letzten sein, und wenn man an das Schauspiel, das die aufsteigende staatenbildende Kraft des Nordens bot, die Kleinlichkeit und Jämmerlichkeit der Dinge im Süden hielt, wenn man sich das ökonomische Zurückbleiben im Süden vergegenwärtigte, die Armuth an politischen Persönlichkeiten, den Rückgang der süddeutschen Universitäten, die Abhängigkeit des geistigen Lebens vom Norden, so war dies alles noch empfindlicher als die Abhängigkeit, an die man jeden Augenblick auf dem Gebiete der Zollpolitik erinnert wurde.

Daß die Volkspartei Himmel und Erde in Bewegung setzte, als sie den von ihr so sorgfältig bebauten Boden unter sich wanken spürte, versteht sich von selbst. Ihre Polemik nahm womöglich noch massivere Formen an, auf diesem Felde wenigstens sollte der Stammeseigenthümlichkeit die Palme gewahrt bleiben. Von Verfolgung eines bestimmten politischen Gedankens war längst nicht mehr die Rede, wenn man nicht etwa die unverdrossenen Variationen der Phrase: durch Freiheit zur Einheit, hierher rechnen will. Mit dem Südbund konnte man sich nicht länger compromittiren, und Anderes war man so flug lieber anzudeuten als auszusprechen. Die Heeresfrage wurde zu einem Scherz erniedrigt, indem man dreimonatliche Präsenzzeit auf die Fahne schrieb. Die intime Freundschaft mit dem Ministerium ging unvermeidlich in die Brüche, man griff es um so heftiger an, je mehr es sich Preußen zu nähern schien; aber man schmeichelte zugleich der Krone, indem man auf den „Landesverrath“ der preussischen Partei mit Fingern deutete und den Mächthaber auf die betreffenden Paragraphen des Strafgesetzbuchs aufmerksam machte. Man strengte allen Witz an, um das Wörterbuch der demokratischen Kraftsprache mit kunst-

reichen neuen Wendungen zu vermehren und führte einen Stil in der Presse und Volkserede ein, der sich durch ein seltsames Gemisch von Burleske und Coulißienpathos charakterisirte. Hatte heute einer dieser Olympier mit Emphase ausgerufen: „Das preussische Volk sitzt zur einen Hälfte im Zuchthaus, zur andern in der Kaserne“, so gefiel sich morgen ein Anderer in der Maske generösen Mitleids um das arme, vom Wachsichwindel bethörte preussische Volk, das man um der wenigen Gerechten willen noch nicht ganz verstoßen dürfe, denn so lange es noch einen Frese und einen Jacoby besitze, sei noch nicht jegliches Band mit ihm zerschnitten. Fleißig trieb man die Getreuen zu Volksversammlungen zusammen, insbesondere auf dem Lande unter den „schlichten Bauersleuten“ suchte man viel zu wirken, und die affectirte Ernsthaftigkeit, mit der man über solche Streifzüge in die Dorfschenke als über große Staatsbegebenheiten spaltenlang in den Zeitungen berichtete, sollte die Kleinheit der Erfolge decken. Laß man einen dieser Berichte, so mußte man gewaltigen Respect bekommen vor den „klaren und lichten“ Ausführungen, die „in bekannter kerniger Weise“ hier zum Besten gegeben wurden, vor den „ungekünstelten Reden der schlichten Männer“, vor dem „richtigen Verständniß, mit dem unsere Landsleute trotz ihres schlichten Aussehens für politische Fragen begabt sind“, vor dem „guten Beispiel, welches die Schwaben durch treues Festhalten am Recht den Bruderstämmen geben“. Laß man aber wochenlang täglich ein halb Duzend dieser Berichte, die sich gleichen wie ein Ei dem andern, so blieb schließlich neben dem Eindruck der Langeweile doch nur der zurück, daß sich die Verfasser dieser Berichte gewaltig amüßten und mit den „freien schlichten Männern“ ihren gnädigen Scherz trieben.

Das Bewußtsein, für eine verzweifelte und verlorene Sache zu kämpfen, spricht im Grunde deutlich aus diesem Carnevalstreiben; es ist auch schon in entschlüpften Geständnissen zu Tage getreten, daß man nicht mehr im Ernst daran denkt, vom Resenbach aus den Hebel zur Umwälzung Deutschlands und zur Vernichtung Preussens anzusetzen. Die Politik der nächtlichen Art hat selbst in den dunkelsten Tagen des vorigen Jahres keinen Anklang gefunden. Die „schlichten Männer“ sind wohl zum Unterschreiben von Adressen zu brauchen, zumal wenn, wie es in einer größern Landgemeinde der Fall war, der Polizeidiener das Papier der Volkspartei colportirt mit dem ermunternden Zuspruch: „Dia mo ett preussisch werda wöllat, sollat unterschreiba“. Aber sie würden doch sehr ernstlich den Dienst versagen, wenn die Massenerhebung des Südens zur Eroberung der Freiheit je wagen würde, aus dem gefahrlosen Stadium der Phrase herauszutreten. Schon der verbissene Ingrimme der Gegner ist der beste Beweis, wie viel Boden ihnen die deutsche Partei, oder in der Kunstsprache des Föderalismus zu reden, die „schmalzweichelnden Erfolganebeter“, die „Knechtsseelen des Corporalismus“ abgewonnen haben. Zu Neujahr brachte der

Beobachter eine bewegliche Jeremiade über den Abfall, der eine Bevölkerungs-
 classe nach der andern — mit Ausnahme natürlich des „Volks“ — ergriffen
 habe. In denselben Tagen wurde in der Stadtgemeinde Stuttgart eine Wahl-
 schlacht geschlagen, in der zum ersten Mal die deutsche Partei mit ihren Gegnern,
 der Volkspartei und den Conservativen, sich zu messen hatte. Die letzteren
 trugen zwar mit ihrem Anhang von Beamten und Hofhandwerkern den Sieg
 davon, aber die deutsche Partei hatte nahezu doppelt so viele Stimmen auf
 ihre Candidaten vereinigt, als die Volkspartei. Darüber wunderte sich freilich
 niemand, der wußte, wie winzig in Stuttgart der Anhang der Faiseure süd-
 deutscher Volksmeinung ist, und welche Anziehungskraft daselbst die wöchentlichen
 Abende der deutschen Partei ausüben. Aber es zeigte sich bald, daß dieses
 Verhältniß nicht in der Hauptstadt vereinzelt stand. Auch auf dem Land mehrten
 sich die Zeichen des Abfalls von den Volksvereinen. Man wagte es endlich,
 vom Terrorismus der Partei sich zu emancipiren. Hier wurden nur mit Mühe
 Spaltungen in den Vereinen vermieden, dort löste sich ein Verein auf, ein
 andres Mal schwenkte gleich ein ganzer Volksverein zu der deutschen Partei
 herüber. Begünstigt von dieser Stimmung hielt die deutsche Partei am 20. Januar
 ihre erste Volksversammlung in Ulm, die, trotzdem daß das Terrain nicht das
 günstigste schien und die Theilnehmer zum großen Theil von dem nahen katho-
 lischen Oberschwaben kamen, vollständigen Erfolg hatte. Die deutsche Partei
 konnte hier die Erfahrung machen, daß sie im Volk ungleich mehr Anhänger
 zählte, als sie selbst gehofft hatte, und es war leicht zu bemerken, wie die
 Doffentlichkeit einer großen Versammlung den Muth verlieh, offen sich zu Ueber-
 zeugungen zu bekennen, die längst an den Ereignissen gereift nur durch den
 Druck des Parteisanatismus zurückgehalten waren. Sicher werden die Erfahrun-
 gen dieselben sein, wenn, wie beabsichtigt ist, solche Versammlungen demnächst
 in anderen Landesstheilen wiederholt werden.

Man hat es zuweilen mißverstanden, daß die deutsche Partei neben ihrem
 ersten und eigentlichen Zweck auch die Agitation für eine innere Landesangelegen-
 heit, nämlich für die Wiederherstellung des Gesetzes vom 1. Juli 1849 auf ihre
 Fahne geschrieben hat. Es war damals durch dieses Gesetz an die Stelle der
 verfassungsmäßigen Ständeversammlung eine constituirende aus freien Wahlen
 hervorgehende Versammlung zum Zweck der Revision der Verfassung einberufen;
 als aber nach dreimaliger Auflösung keine Verständigung erzielt werden konnte,
 hob die Regierung einseitig das Gesetz auf, stellte die alten Ständekammern
 wieder her, und seitdem wurde viel von Verfassungsrevision gesprochen, aber
 keine Hand dazu gerührt. Nun war es natürlich, daß mit der Beseitigung des
 Bundestags die Frage der Verfassungsrevision wieder lebhaft in Fluß kam,
 und da es voraussichtlich unmöglich war, mit den bestehenden Factoren der
 Gesetzgebung zumal mit der Kammer der Standesherrn, ein befriedigendes

Resultat zu erzielen, empfahl sich die Zurückforderung jenes einseitig aufgehobenen Gesetzes, obwohl damit eine Rechtsfrage heraufbeschworen wurde, die natürlich die conservative Seite anders beantwortete als die liberalen Parteien. Auch die deutsche Partei hatte allen Grund, diesen Gegenstand ins Auge zu fassen, wie sie ihn schon auf ihrer constituirenden Versammlung in Plochingen angeregt hatte. Bildete doch unser mittelalterliches Ständewesen einen fast humoristischen Gegensatz zu der Einführung des allgemeinen Stimmrechts in Norddeutschland. Suchte sie für den Anschluß unseres Landes an Preußen zu wirken, so war es nur entsprechend, wenn sie zugleich die Nothwendigkeit einer weitgehenden Vereinfachung der Verfassung und der gesammten Staatsverwaltung betonte, und wenn der Eintritt in den norddeutschen Bund für jetzt nicht möglich war, Württemberg also als souveräner Staat wer weiß wie lange fortexistirte, so war nicht einzusehen, warum man säumen sollte, mit einer freisinnigen und vernünftigen Aenderung unserer Landeseinrichtungen Ernst zu machen.

Eine Zeit lang schien wirklich die Regierung von dem lauten Ruf nach Wiederherstellung des 1849er Gesetzes betroffen und in Verlegenheit gesetzt; sie durfte indeß bald wieder aufathmen. Es war der Versuch gemacht worden, alle freisinnigen Elemente des Landes zu einem gemeinschaftlichen Feldzug in dieser inneren Landesangelegenheit zu sammeln und so einen nachhaltigen Druck auf die Entschlieungen der Regierung auszuüben. Der Plan scheiterte jedoch, wie kaum anders zu erwarten war, an dem Nebelwollen der Volkspartei, die zwar in ihrer Weise nun dieselbe Agitation lebhaft in die Hand nahm, aber es dabei wesentlich auf Förderung ihrer Parteizwecke absah; die Händel mit der preussischen Partei waren ihr wichtiger als die Erreichung des gemeinsamen Ziels. Dadurch wurde nun natürlich der Agitation die Spitze abgebrochen und sie kann heute schon als mißlungen betrachtet werden. Die Regierung hatte keinen Grund, das gemächliche Tempo ihrer geheimnißvollen Vorbereitungen für eine Reform mit revolutionärem Geschwindigkeitsschritt zu vertauschen. Es darf übrigens nicht verschwiegen werden, daß die Sache von Anfang an nicht das Interesse im Volke gefunden hatte, das vorausgesetzt worden war. Jene Vorgänge in den Jahren 1849—51 lagen zu weit zurück, um mit der Gewalt frisch empfundener Unbill zu wirken. Man hatte seitdem Größeres und Erschütternderes erlebt, und so ungeheuerlich auch Wahlgesetz und Zusammensetzung der Kammern sind, so war doch jetzt das Interesse durch weit andere Dinge in Anspruch genommen als durch innere Reformen des Particularstaats: es fehlte der Glaube an die Zukunft dieses Staats. Der Arbeiterstand war nicht für eine Agitation zu erwärmen, die einmal doch einen gewissen Legitimitätsbeischnack hatte, anstatt die Forderung des allgemeinen Stimmrechts zum Ausgangspunkt zu nehmen. Namentlich aber unter den Anhängern der deutschen Partei im Lande war kein sehr lebhafter Eifer für eine Sache, welche, wie vielfach entgegengehalten wurde,

doch die Kräfte der Partei für einen ihr als solcher ferner liegenden Zweck einsetze, und auf der Versammlung in Ulm war es allerdings unverkennbar, wie nach den Reden Hölders, Römers, Bölls über die deutsche Frage nicht mehr dieselbe Aufmerksamkeit für den zweiten Gegenstand der Tagesordnung, die württembergische Verfassungsfrage, zu finden war. Das war ein sehr lehrreicher und willkommener Fingerzeig für die deutsche Partei. Es konnte ihr im Grunde nur angenehm sein, daß ihr die Agitation für jenes Gesetz von der Volkspartei abgenommen wurde. Diese war so aufs angemessenste beschäftigt, während die wachsende Ueberzeugung, daß nur im Anschluß an Preußen die Zukunft Deutschlands liege, durch nichts aufgehalten wurde.

Wie sehr man sich bereits in dem Gedanken resignirt hat, daß unsere Interessen nach Norden gravitiren und folglich auch dort entschieden werden, wo bereits eine staatliche und volkwirthschaftliche Einheit von dreißig Millionen Deutscher besteht, zeigte sich auffällig an der Frage des Salzmonopols. Als zuerst die Kunde von der bevorstehenden Reform verlautete, regte sich wohl einiger Lärm in der preußenfeindlichen Presse, aber er verstummte bald völlig. Von Moriz Mohl, hieß es, solle eine vernichtende Denkschrift erscheinen, aber man darf annehmen, daß das gründliche Elaborat wiederum erst dann das Licht der Welt erblicken wird, wenn die ganze Frage längst erledigt ist. Die Regierung hatte, wie dies üblich ist, die Handelskammern zum Bericht aufgefordert, aber sie drang auf schnelligste Erledigung und gab zu verstehen, daß sie nicht mit Einwendungen behelligt sein wolle, die voraussichtlich ohne Erfolg wären. Mit völliger Gleichgiltigkeit ergab man sich in das unabwendbare Schicksal, obwohl es noch keineswegs feststeht, ob nicht die Staatskasse einen Ausfall und der Salzpreis einige Erhöhung erleiden wird. Aber diese Gleichgiltigkeit wird mit der Zeit nothwendig einer ganz anderen Stimmung Platz machen. Wiederholen sich solche Vorgänge, so wird man den Zustand, der die Folge der halbjährlichen Kündigungsfrist des Zollvereins ist, immer unerträglicher finden. Er ist unerträglich für die Regierungen, mehr noch für die Bevölkerungen. Immer nur nachträglich Ja sagen zu müssen zu dem, was der norddeutsche Bundesstaat über unsere Interessen beschließt, ist eine Lage, die nur einen Wunsch und Ausweg übrigläßt: politische Vereinigung. Ist erst der Organismus des norddeutschen Bundes in seinem regelmäßigen Gange, sehen wir die Factoren der Bundesgesetzgebung an der Arbeit, die Unification auf dem Gebiete der Verkehrsinteressen zu vollenden, und ungehemmt durch ein liberum veto widerstrebender Souveränitäten die Wege des wirthschaftlichen Fortschritts einschlagen, sind wir Zeugen parlamentarischer Debatten, in welchen unsere Interessen mit berathen und entschieden werden, so kann es ja nicht ausbleiben, daß die hartnäckigsten Antipathien dem Verlangen weichen, da, wo die gemeinsamen deutschen Angelegenheiten verhandelt werden, gleichfalls Sitz und Stimme zu erhalten.

Der Particularismus giebt die Parole aus: Rettung der süddeutschen Freiheit, kein Anschluß an Preußen, der nur Unterjochung wäre! Er sieht nicht oder will vielmehr nicht sehen, daß grade der jetzige Zustand für den Süden vollständige Abhängigkeit und Unterordnung bedeutet und daß Eintritt in den norddeutschen Bund nur ein anderes Wort ist für den Gewinn der Gleichberechtigung.

Wird man sich diesen Consequenzen auf die Dauer entziehen können, obenein, da die Heeresreformfrage, die wir noch näher beleuchten, den süddeutschen Staaten genau dieselben Schlußfolgerungen aufdrängt? — 7.

Die böhmischen Landtagswahlen.

Prag, den 12. Februar.

Die Wahlen für den böhmischen Landtag, welche seit Wochen in allen politisch und social hervorragenden Kreisen die Köpfe erhitzten, sind nun vollzogen und gewähren ein Urtheil über die Neugestaltung der auf die nächsten sechs Jahre gewählten constitutionellen Vertretungskörperschaft des Königreichs.

Unser Landtag ist sowohl rücksichtlich der Zahl als auch der Qualität seiner Deputirten bei weitem der bedeutendste im ganzen Kaiserstaat. Auf seinen 241 Sitzen sind die berühmtesten Namen des österreichischen Adels vertreten, und aus dem böhmischen Landtagsaale entnahmen beide Häuser des letzten österreichischen Reichsrathes ihre Präsidenten: Fürst Karlos Auersperg und Professor Hasner. Schon daraus erklärt sich das gesteigerte Interesse, welches den Verhandlungen des böhmischen Landtages folgt. Bei dem hohen Wogengange der politischen Stimmung Oestreichs war vollends jetzt die Aufmerksamkeit doppelt gespannt auf die böhmische Wahlurne gerichtet.

Nach der bisher gültigen von Schmerling herrührenden Wahlordnung sind drei Gruppen von Vertretern unterschieden: Die erste Gruppe umfaßt die Landgemeinden, die zweite die Städte und Industrieorte, sowie die Handels- und Gewerbekammern, die dritte endlich die Großgrundbesitzer. An Leidenschaftlichkeit kann sich der Kampf, der innerhalb dieser Kategorien geführt wurde, mit allen gleichzeitigen Wahlkämpfen in Deutschland messen, aber seine Eigenthümlichkeit liegt darin, daß nicht der politische Standpunkt der Candidaten die Chancen giebt — sondern lediglich die Nationalität. Feudal, klerikal, liberal und demokratisch, diese Begriffe sind ganz in den Hintergrund gedrängt: das Idiom der Rede ist schon der Inbegriff des politischen Programms. Im Interesse der liberalen Sache ist wahrhaftig ein solcher Wahlkampf nicht und wer sich darüber